

Stand: 17.07.2025 01:56:23

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/22473

"Praktikable Lösungen bei der Nutzung von ukrainischen Führerscheinen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/22473 vom 27.04.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/23222 des VF vom 21.06.2022
3. Beschluss des Plenums 18/23424 vom 30.06.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 118 vom 30.06.2022



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Jutta Widmann, Benno Zierer** und Fraktion (**FREIE WÄHLER**),

Petra Guttenberger, Tobias Reiß, Dr. Stephan Oetzinger, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder CSU

Praktikable Lösungen bei der Nutzung von ukrainischen Führerscheinen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- die generelle Verlängerung der Fahrberechtigung für ukrainische Kriegsflüchtlinge, die im Besitz einer ukrainischen Fahrerlaubnis sind, nach § 29 Abs. 1 der Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) ab Begründung des ordentlichen Wohnsitzes in Deutschland – im Gleichklang mit der europarechtlichen Jahresfrist – von sechs Monaten auf ein Jahr zugelassen wird – ggf. mit Verlängerungsoption – (vgl. EU-Durchführungsbeschluss 2022/382 des Rates vom 04. März 2022 zur Feststellung des Bestehens eines Massenzusturms von Vertriebenen aus der Ukraine im Sinne des Art. 5 der Richtlinie 2001/55/EG)
- parallel hierzu der Abschluss eines Abkommens zur gegenseitigen Anerkennung von Fahrerlaubnissen zwischen Deutschland und der Ukraine geprüft wird, um die Ukraine in die Staatenliste in Anlage 11 der FeV aufzunehmen und auf diese Weise ukrainische Flüchtlinge bei der Umschreibung der Fahrerlaubnis vom Erfordernis zum erneuten Ablegen der theoretischen und praktischen Führerscheinprüfung auszunehmen.

Begründung:

Mit der Erteilung des Aufenthaltstitels nach § 24 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) besteht für ukrainische Kriegsflüchtlinge die Möglichkeit zu arbeiten oder eine Ausbildung zu absolvieren. Um zu ihrem Arbeits- bzw. Ausbildungsort zu gelangen, werden zahlreiche von ihnen auch auf die Nutzung eines Kraftfahrzeugs angewiesen sein. Dies setzt allerdings den Besitz einer gültigen Fahrerlaubnis voraus. Die Gültigkeit ukrainischer Führerscheine ist in Deutschland begrenzt. Der ukrainische Führerschein ist zunächst nur für die Dauer von sechs Monaten gültig. Innerhalb dieser Frist muss der Führerschein umgeschrieben werden, um ein Kraftfahrzeug in Deutschland weiter nutzen zu können. Sofern glaubhaft gemacht wird, dass der dauerhafte Wohnsitz nicht länger als zwölf Monate in Deutschland begründet werden soll, kann diese Frist um weitere sechs Monate verlängert werden. Von dieser Ausnahmeregelung dürften ukrainische Kriegsflüchtlinge allerdings nicht profitieren, da ihnen ein Aufenthaltstitel von zwei Jahren erteilt wird und sich der tatsächliche Aufenthalt angesichts der dynamischen Situation des Krieges nicht sicher bestimmen lässt. Nach Ablauf der sechs Monate wäre daher eine

Umschreibung des ukrainischen Führerscheins erforderlich. Um ukrainischen Kriegsflüchtlingen eine unbürokratische Möglichkeit zur weiteren Nutzung ihres Führerscheins zu ermöglichen, sollte entsprechend dem EU-Ratsbeschluss vom 4. März 2022 analog zur Ausnahmeregelung in § 29 FeV für die Dauer der europarechtlichen Jahresfrist – ggf. mit Verlängerungsoption – die Möglichkeit zur weiteren Nutzung und Gültigkeit des ukrainischen Führerscheins in Deutschland auf Bundesebene geprüft werden. (siehe dazu anliegenden Durchführungsbeschluss (EU) 2022/382 des Rates vom 4. März 2022 zur Feststellung des Bestehens eines Massenzustroms von Vertriebenen aus der Ukraine im Sinne des Art. 5 der Richtlinie 2001/55/EG). Parallel hierzu sollte der Abschluss eines Abkommens über die gegenseitige Anerkennung von Fahrerlaubnissen zwischen Deutschland und der Ukraine geprüft werden, um eine Aufnahme der Ukraine in die Staatenliste zu den Sonderbestimmungen für Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis in Anlage 11 FeV zu ermöglichen. Für die Umschreibung von Führerscheinen aus den dort genannten Staaten wird auf das Erfordernis zum Ablegen einer erneuten Führerscheinprüfung ganz bzw. teilweise verzichtet.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),
Petra Guttenberger, Tobias Reiß, Dr. Stephan Oetzingler u.a. CSU
Drs. 18/22473**

Praktikable Lösungen bei der Nutzung von ukrainischen Führerscheinen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Karl Straub**
Mitberichterstatterin: **Gülseren Demirel**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 12. Mai 2022 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 55. Sitzung am 21. Juni 2022 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
SPD: Enthaltung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER),

Petra Guttenberger, Tobias Reiß, Dr. Stephan Oetzinger, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder CSU

Drs. 18/22473, 18/23222

Praktikable Lösungen bei der Nutzung von ukrainischen Führerscheinen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- die generelle Verlängerung der Fahrberechtigung für ukrainische Kriegsflüchtlinge, die im Besitz einer ukrainischen Fahrerlaubnis sind, nach § 29 Abs. 1 der Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV) ab Begründung des ordentlichen Wohnsitzes in Deutschland – im Gleichklang mit der europarechtlichen Jahresfrist – von sechs Monaten auf ein Jahr zugelassen wird – ggf. mit Verlängerungsoption – (vgl. EU-Durchführungsbeschluss 2022/382 des Rates vom 04. März 2022 zur Feststellung des Bestehens eines Massenzusturms von Vertriebenen aus der Ukraine im Sinne des Art. 5 der Richtlinie 2001/55/EG),
- parallel hierzu der Abschluss eines Abkommens zur gegenseitigen Anerkennung von Fahrerlaubnissen zwischen Deutschland und der Ukraine geprüft wird, um die Ukraine in die Staatenliste in Anlage 11 der FeV aufzunehmen und auf diese Weise ukrainische Flüchtlinge bei der Umschreibung der Fahrerlaubnis vom Erfordernis zum erneuten Ablegen der theoretischen und praktischen Führerscheinprüfung auszunehmen.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU-Fraktion, FDP und AfD-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Bayerbach. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Binnenmarkt

Schutz von Kindern vor unsicherem Spielzeug und Stärkung des Binnenmarkts – Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie
 02.03.2022 - 25.05.2022
 Drs. 18/21986, 18/23373

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/23373 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Verkehr

Internationaler Güter- und Personenverkehr –
Steigerung des Anteils des Schienenverkehrs
30.03.2022 - 22.06.2022
Drs. 18/22740, 18/23371

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/23371
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu
legen.

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Verkehr

Nutzfahrzeuge – Gewicht und Abmessungen (Bewertung)
26.04.2022 - 19.07.2022
Drs. 18/22848, 18/23372

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/23372
veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die
Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss
der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu
legen.

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Subsidiarität
Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Festlegung von Vorschriften für einen Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen und für die Begrenzung der Abzugsfähigkeit von Zinsen für Körperschaftsteuerzwecke;
COM(2022) 216 final
BR-Drs. 267/22
Drs. 18/23305, 18/23362

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Inge Aures, Klaus Adelt u.a. SPD
Förderung eines Modellprojekts für Car-Sharing-Angebote in ländlichen Regionen
Drs. 18/4399, 18/23252 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Maßnahmenpaket zur Baukostensenkung III – Musterbauordnung
Drs. 18/19878, 18/22446 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Kerstin Schreyer, Alexander König, Benjamin Miskowitsch u.a. CSU Bundesweite Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeit von KMU an öffentlichen Vergabeverfahren
Drs. 18/22203, 18/23229 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berufsschulen als Vorreiter des modernen Lehrens und Lernens – Chancen der Digitalisierung und Erfahrungen aus der Pandemie nutzen
Drs. 18/22209, 18/23277 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berufliche Bildungsangebote für benachteiligte Gruppen stärken
Drs. 18/22211, 18/23278 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Erneuerungsprozess der Berufsschullehrpläne
Drs. 18/22214, 18/23279 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Initiative Berufsschullehrkräfte –
Unterricht für die Fachkräfte von morgen sichern
Drs. 18/22215, 18/23280 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schule trifft Wirtschaft – Berufsorientierung muss selbstverständlicher
Bestandteil des Unterrichts werden
Drs. 18/22217, 18/23281 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Interreligiösen Dialog fördern und gesellschaftlichen
Zusammenhalt stärken – Runden Tisch der Religions- und
Weltanschauungsgemeinschaften in Bayern einrichten
Drs. 18/22224, 18/23282 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Dr. Martin Huber, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neue Spielräume aus Corona-Fonds der EU für Stärkung der Grenzregionen einsetzen
Drs. 18/22376, 18/23231 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne				

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

26. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Fachgespräch mit pflegenden Angehörigen
Drs. 18/22380, 18/23247 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> A

27. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Übernahme von Arztpraxen durch Investoren
Drs. 18/22382, 18/23249 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>

